

# Wahlvorbericht zu den Wahlen zur Staatsduma am 02. Dezember

**Am kommenden Sonntag, 02. Dezember 2007, finden die seit dem Bestehen der unabhängigen Russischen Föderation fünften Wahlen zur Staatsduma, der unteren Kammer des russischen Parlaments (Föderalversammlung), statt. Ein vergleichender Blick auf normative Grundlagen und dem stattfindenden respektive stattgefundenen Ablauf sowohl der Wahlvorbereitungsphase wie des Wahlkampfes offenbart die immer noch vorhandenen Defizite in der Herausbildung politischer Strukturen, wie auch, dass sich eine Parteien-demokratie nach westlichen Maßstäben bislang nicht hat etablieren können.**

## I. Rechtliche Grundlagen

Laut seiner Verfassung ist Russland ein demokratischer Rechtsstaat, in dem sich der Volkswille als unmittelbarer Träger der Souveränität in freien Wahlen manifestiert (Art. 3 III VerfRF). Das in Art. 32 II VerfRF niedergeschriebene Recht, zu wählen und gewählt zu werden, ist gar als Menschenrecht verbrieft. In demokratischer Tradition werden zudem allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlen gewährleistet. Die konkrete Ausgestaltung des Wahlsystems erfolgt durch zwei Föderalgesetze „Über die grundsätzlichen Verbürgungen des Wahlrechts“ und „Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma“. Danach gilt in Russland ein strenges Verhältniswahlrecht (Art. 3 II des Föderalgesetzes „Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma“ i.F.v. 24.07.2007, im Folgenden Dumawahlgesetz).

Alle 450 Mandate der Staatsduma werden über einheitliche, das gesamte Staatsgebiet umfassende Föderationslisten gewählt, die

nur von politischen Parteien eingereicht werden können (Art. 7 II Dumawahlgesetz). Dies bedeutet, dass jede Partei nach der Wahl eine ihrem Stimmenanteil entsprechende Sitzzahl in der Volksvertretung erhält. Für den Einzug in die Staatsduma ist die Überwindung einer 7 %-Hürde notwendig (Art. 82 VII Dumawahlgesetz). Jede Partei ist berechtigt, bis zu 500 Kandidaten zu nominieren, wobei mindestens die Hälfte Parteimitglieder sein müssen. Zugelassen werden Listen derjenigen Parteien, die mindestens 200.000 Unterschriften gesammelt haben (Art. 39 III Dumawahlgesetz), um so den Nachweis eines ausreichenden Rückhalts der Partei in der Bevölkerung zu führen. Die Zahl der in einem Föderationssubjekt (es bestehen insgesamt 89) erhaltenen Unterschriften darf jedoch 10.000 nicht übersteigen. Staatlichen Stellen ist das Mitwirken am Einwerben der Unterschriften streng untersagt.

Eine andere Möglichkeit der Anerkennung ist, ein in Geld bestehendes sogenanntes Wahlpfand in Höhe von 60 Millionen Rubel (1,6 Millionen Euro) zu leisten (Art. 66 III i.V.m. Art. 64 III des Föderalgesetzes „Über die Wahlen der Abgeordneten der Staatsduma“ i.F.v. 24.07.2007). Alle in der Staatsduma bereits vertretenen und sich erneut zur Wahl stellenden Parteien sind von dem Unterschriften- bzw. dem Wahlpfanderfordernis befreit. Vor dem Hintergrund der Erfahrung mit dem Einparteiensstaat der Sowjetära sieht das russische Wahlrecht die obligatorische Teilnahme von mindestens zwei Parteien an den Staatsdumawahlen vor. Kandidaten, die ein öffentliches Amt bekleiden, dürfen ihre Stellung im Wahlkampf nicht zum eigenen Vorteil bzw. für eine Partei missbrauchen. Das Wahlrecht umschreibt im Einzelnen, in welchen Hand-

lungen ein solch untersagtes Verhalten zu sehen ist.

Alle Parteien genießen in der Wahlkampfphase gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Telekommunikationsmedien und anderen öffentlichen Einrichtungen. Eine Ungültigkeitserklärung der Wahl muss erfolgen, wenn keine föderale Liste über 7 % der Stimmen erhalten hat oder die auf die erfolgreichen Listen entfallenden Stimmen sich auf weniger als 60 % der insgesamt abgegebenen Stimmen belaufen. Die bisher geltende Regelung, dass mindestens 25% der Wahlberechtigten den Gang zur Urne beschritten haben müssen, wurde durch Föderalgesetz vom 26.04.2007 aufgehoben (vgl. Art. 82 IV Nr. 1 Dumawahlgesetz). Die Durchführung sämtlicher mit der Wahl in Zusammenhang stehender Formalitäten obliegt der Zentralen Wahlkommission.

## II. Parteien und Wahlkampf

Festzustellen ist, dass die russische Wahlgesetzgebung alle Voraussetzungen erfüllt, um grundlegende politische Entscheidungen nach demokratischen Spielregeln herbeizuführen. Die Entwicklung sowohl des russischen Staatswesens wie auch der Gesellschaft in den vergangenen Jahren sowie insbesondere der Ablauf der aktuellen Kampagne zu den anstehenden Dumawahlen zeigen jedoch, dass ein gelungenes Wahlrecht zwar sehr wohl den Prozess demokratischer Willensbildung steuern und vervollkommen kann, jedoch nur begrenzt demokratische Gesinnung als Vorbedingung des Funktionierens demokratischer Institutionen zu schaffen vermag.

Zur diesjährigen Dumawahl sind elf Parteien zugelassen worden. Neben der sog. „Putinpartei“ Einiges Russland haben die Kommunistische Partei (KPRF), die Liberal-Demokratische Partei (LDPR) und die auch vom Kreml geschaffene Partei Gerechtes Russland (SR) Aussichten auf den Einzug in die Duma. Weiter zur Wahl zugelassen wurden die Jabloko-Partei, die Union rechter Kräfte (SPS), die Agrarpartei (APR), die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die Bürgerkraft, die Patrioten Russlands sowie die Demokratische Partei Russlands (DPR).

Das Oppositionsbündnis Anderes Russland mit dem ehemaligen Schachweltmeister Garri Kasparow an der Spitze wurde von vornherein abgelehnt. Bereits vor einer möglichen Bewerbung teilte die Wahlkommission mit, dass keine Zulassung erfolgen könnte, da es sich dabei nicht um eine politische Partei handele. Nicht zugelassen wurden die Partei der Grünen, die Volksunion (die Partei von Wladimir Ryschkow) und die Russische Partei für Frieden und Einheit.

Zwei Personalien in der Walkampfphase bedürfen gesonderter Erwähnung: während der im Zusammenhang mit dem Tod von Alexander Litwinenko in Verdacht geratene Andrei Lugowoi ohne Probleme Platz zwei auf der Liste der LDPR einnehmen darf, wurde der SPS zu verstehen gegeben, dass eine zwischenzeitlich diskutierte Kandidatur Ryschkows auf der Liste zu Konsequenzen für die Partei führen würde.

Die Partei Einiges Russland als offizielle Kremlpartei genießt die uneingeschränkte Unterstützung des staatlichen Verwaltungsapparats. Um Partei und Präsident hat sich zudem ein breites Spektrum weiterer Bewegungen bestehend etwa aus der Jugendvereinigung „Naschi“ oder der vor kurzem gegründeten Plattform „Zur Unterstützung Wladimir Putins“ formiert. Der Präsident und seine Partei stehen im Fokus der staatlich kontrollierten Medienaufmerksamkeit. In Informationssendungen aller Fernsehkanäle und Radiostationen sowie den zugeteilten öffentlichen Wahlwerbeflächen nehmen sie unangefochten die erste Stelle ein. Berichten zu Folge werden immer wieder Wahlplakate anderer Parteien zerstört oder nach kurzer Zeit mit Plakaten von Einiges Russland überklebt. An den seit Anfang November ausgestrahlten Fernsehdebatten nehmen Vertreter der Partei nicht statt. Die Debatten unterliegen strikten Regeln, Kritik an der aktuellen Politik ist nicht gewünscht. Wahlsots der Parteien werden entweder früh morgens oder aber nach 22.30 Uhr gesendet. In den Straßen sind überall Plakate und Spruchbänder mit den Slogans von Einiges Russland zu finden: „Der Plan Putins – Sieg Russlands“ oder „Putins Russland – einig und unbesiegbar“, ohne dass selbst vielen Unterstützern oder auch Parteimitglie-

dem klar wäre, worin denn dieser kryptische Plan bestünde oder wie denn das putinsche Russland aussähe. Putin, so scheint es, ist das Programm selbst. Nachdem verschiedentlich über diese Situation berichtet wurde, fand nun eine neue Medienkampagne statt: nur noch 35 Prozent der Russen wüssten nicht, worin der Plan bestünde – ohne aber aufzulösen worin er denn besteht. RIA Novosti meldet: „Der Plan Putins – immer mehr Russen wissen, was das ist.“ In Umfragen stellt sich heraus, dass die Meinungen aber sehr unterschiedlich sind. Der Plan selbst bleibt nebulös.

Die anderen bisher in der Duma vertretenen Parteien lassen sich schwerlich als wahrhaftige Opposition bezeichnen. Programmatisch ohne Alternative, dem Präsidenten gegenüber kritiklos, stellt man sich zwar gegen die Partei Einiges Russland, befürwortet aber den Kurs Putins. In den Wochen vor der Wahl sind etliche Kandidaten insbesondere der Partei Gerechtes Russland zum Einigen Russland übergetreten. Letzten Umfragen zufolge wird Einiges Russland erneut mehr als zwei Drittel der Dumamandate erlangen. Ob daneben nur den Kommunisten der Wiedereinzug gelingen wird oder auch diesmal vier Parteien vertreten sein werden, LDPR und SR werden noch Chancen eingeräumt, wird sich zeigen.

Es mehren sich aber die Anzeichen, dass das Ziel von Einiges Russland, eine hohe Zweidrittelmehrheit zu erlangen (intern sollen Zielvorgaben von über 70 % kursieren), erreicht werden könnte. Der Vorsitzende von Einiges Russland, Boris Gryslow, wird mit den Worten zitiert: Die Parlamentswahl sei keine gewöhnliche Wahl, sondern ein „Referendum für den Präsidenten“. Mit einer entsprechenden Mehrheit wäre die Möglichkeit gegeben, jeden vorstellbaren „Plan Putins“ umzusetzen. Die neue Duma, so viel lässt sich sagen, wird wie bereits die alte in den vergangenen Jahren auf Wunsch des Präsidenten jedem Gesetzesvorhaben ihre Zustimmung bewilligen.

Offene Missbilligung der politischen Zustände ertönte im Wahlkampf lediglich vom zahlenmäßig eher unbedeutenden außerparlamentarischen Protestbündnis. Die Märsche

der Nichteinverstandenen des Bündnisses Anderes Russland, an denen auch die Jablanko-Partei und in letzter Zeit auch die Union rechter Kräfte (SPS) teilnahmen, wurden verschiedentlich gewaltsam aufgelöst. Veranstaltungen der Opposition waren regelmäßig störenden Handlungen – teilweise staatlicherseits ermutigter Dritter – ausgesetzt. Selbst Kandidaten der Dumawahlen, die laut Gesetz Immunität für die Zeit der Wahl genießen, und Demonstranten wurden festgenommen und interniert. Wahlwerbespots der Oppositionsparteien wurden von Marionetten des Kremls vor Gerichten wegen ihres angeblich agitatorischen Inhalts angefochten, gefälschtes, diskreditierendes Wahlwerbematerial in Umlauf gebracht und Werbemittel beschlagnahmt. Über Aktionen und Positionen der politischen Opposition wird in den staatlichen Medien nicht oder nur stark verzerrt berichtet. Lediglich ein kleiner Teil der Gesellschaft bezieht Informationen über die wenigen verbleibenden kritischen Stimmen in Fernsehen, Rundfunk und Presse.

### **III. Ausblick**

Vieles deutet darauf hin, dass sich Russland im 16. Jahr nach dem Umbruch wieder verstärkt bekannten autoritären Strukturen zuwendet. Der Präsident ist die einzige das politische Geschehen bestimmende Figur. Formal werden zwar Wahlen durchgeführt, das Wahlergebnis – so scheint es – stand jedoch schon fest, bevor überhaupt der Wahltermin verkündet wurde. Die Absage der OSZE Wahlbeobachter wird medienwirksam eingesetzt, um Stimmung zu machen.

Die neben dem direkt gewählten Präsidenten ebenfalls unmittelbar demokratisch legitimierte Duma, der von den Verfassungsvätern im Institutionengefüge auch die Rolle zugedacht war, den Stimmen der Opposition Gehör zu verleihen, erscheint unter den gegebenen Umständen als Exekutivorgan des Präsidenten. Von seiner schillernden Gestalt, „unserem nationalen Führer“ geblendet, hat sich der Staatsapparat in den willfährigen Vollstrecker seiner Machtvollkommenheit gewandelt.

#### **IV. Fazit**

Es wäre zu kurz gegriffen, die Entwicklungen und die aktuelle Situation einseitig der jetzigen Administration und politischen Führung anzulasten. Die „Demokratie“ ist durch die Erfahrung der 90er Jahre nach wie vor negativ belastet. Die Nachwirkungen des Wild-Ost-Kapitalismus bieten zudem der jetzigen politischen Führung immer wieder Ansätze, propagandistisch die Unterschiede herauszustellen, wohl wissend, dass die jetzige wirtschaftliche Situation aber insbesondere dem hohen Ölpreis geschuldet ist. Boris Nemzow, SPS, unter Jelzin u.a. Vize-Premier verwies zu Recht in einer Radiosendung auf die Tatsache, dass der Ölpreis 1998 auf den historischen Tiefstand von unter 10 Dollar gefallen war. Leider wurde diese Sendung von Echo Moskau aber im Zweifel nur von denen gehört, die sich sowieso daran erinnern. Der Erfolg Putinscher Politik und der Perspektiven für Putins „Plan“, was immer dies sein mag, finden unter ungleich besseren Rahmenbedingungen statt. Der Präsident hat den Vorteil, dass der Großteil des russischen Volkes den mittlerweile breite Schichten erfassenden und hohen Rohstoffpreisen geschuldeten wirtschaftlichen Aufschwung mit politischem Desinteresse dankt.

Die jetzige Situation lässt sich vielleicht immer noch am besten mit den berühmten Worten Churchills im House of Commons von 1940 beschreiben: „Die Zukunft Russlands vermag ich nicht vorauszusagen. Es ist ein Rätsel in einem Mysterium in Dunkel gehüllt.“